



Der Schutz des Honigs vor Verunreinigungen bedarf gesetzlicher Regelungen. Foto: Bild: Maja Dumat/pixelio.de

Honig: Länder fordern Regierung zu Taten auf

Veröffentlicht am: 18.11.2011

Agrar- und Umweltminister fordern in ihren Konferenzen die Bundesregierung auf, Maßnahmen für den Schutz der deutschen Imkerei zu ergreifen. Die Länder wünschen sich mehr eigenen Handlungsspielraum. Auf Grund des jüngsten Urteils des Europäischen Gerichtshofs muss der Bund dafür Sorge tragen, dass der Eintrag von gentechnisch veränderten Pollen in Imkereiprodukte verhindert wird. Die Abstandsregelungen beim Anbau von Gentechnik-Pflanzen müssen unter besonderer Berücksichtigung der Imker-Belange neu überdacht werden. Die Regierung muss die sogenannte gute fachliche Praxis zeitnah überarbeiten und geeignete Wege definieren, um Imker in der Nähe von Freisetzungsversuchen vor illegalen Gentechnik-Verunreinigungen zu schützen. Die Umweltminister drängen die Regierung

auch, klare und praktikable Regelungen für den Import von Honig zu schaffen. Einige Länder hoffen auf die Ermächtigung, die Abstandregelungen für ihr Land selbst bestimmen oder angleichen zu können, um somit den spezifischen Agrarstrukturen Rechnung zu tragen. Die Regierung soll auf den kommenden Konferenzen einen Bericht vorlegen.

Links zu diesem Artikel

- [Umweltministerkonferenz: Protokoll](#)
- [Agrarministerkonferenz: Protokoll](#)
- [Infodienst: Dossier Bienen, Honig und Gentechnik](#)